

Rechtspopulismus und organisierte Zivilgesellschaft

Wolfgang Schroeder, Samuel Greef, Jennifer Ten Elsen, Lukas Heller

1. Einleitung

Die etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen als elementare Bestandteile der Bürgergesellschaft und einer pluralen Demokratie wurden in den letzten Jahren zunehmend durch rechtspopulistische Aktivitäten und Gruppen herausgefordert.¹ Dazu zählen die Mobilisierungen von Pegida, das Werben »Alternativer Gewerkschaften« um Betriebsratssitze, die rassistischen Interventionen in der »Özil-Debatte« im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2018, die Diskurse um die Einladung von AfD-Vertretern zu den Kirchentagen oder der Versuch antidemokratischer Kräfte, die Veranstaltungen gegen die Corona-Politik der Regierung für eine rechtspopulistische Agenda zu instrumentalisieren. Schließlich hat auch die AfD (2019: 36) die organisierte Zivilgesellschaft als wichtigen Raum für sich erkannt und versucht sich »mit einem Marsch durch die Organisationen« systematisch in verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft zu platzieren. Ihr Ziel ist es, »sich stärker in der Bürgergesellschaft zu verankern«, um ein politisches Vorfeld zu etablieren. Diese Beispiele zeigen, dass die aktuellen politischen Konfliktlinien, die mit dem Erstarken des Rechtspopulismus verbunden sind, auch durch die Zivilgesellschaft verlaufen und eine Herausforderung für den demokratischen Basiskonsens der Gesellschaft darstellen.

Diese Aktivitäten sind der Anlass, rechtspopulistische Aktivitäten und Interventionen in der organisierten Zivilgesellschaft sowie deren Reaktionen

1 Der folgende Beitrag fasst die Ergebnisse der explorativen Studie »Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster« zusammen (Schroeder et al. 2020). Es ist die leicht gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der in Heft 4(2020) des Forschungsjournals Soziale Bewegungen erschienen ist.

systematisch und aus einer vergleichenden Perspektive zu analysieren. Mit Blick auf Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen sowie Akteure aus dem Kultur- und Sportbereich stellen sich drei zentrale Fragen, die die Resilienz der organisierten Zivilgesellschaft gegenüber rechten Einflussversuchen in den Blick nehmen (vgl. Grande 2018a):

- (1) Welche Themen, Handlungsfelder und -formen zeichnen rechtspopulistische Aktivitäten in den fünf Bereichen aus und inwiefern geht daraus eine Infragestellung des bundesrepublikanischen Basiskonsenses hervor?
- (2) Welche Reaktionen der jeweiligen Organisationen sind im Umgang mit diesen Aktivitäten erkennbar?
- (3) Existieren subsystemspezifische Muster von Interventionen oder Reaktionen?

2. Rechtspopulismus, organisierte Zivilgesellschaft und Basiskonsens

Die Frage nach rechtspopulistischen Interventionen macht es notwendig, das eigene Verständnis des uneindeutigen Begriffs »Rechtspopulismus« zu klären. Wir verstehen Populismus als eine »dünne« Ideologie (Freeden 1998; Mudde 2007) (»Wir« gegen »die da oben« und »Wir« gegen »die anderen«). Das Verhältnis zwischen Populismus und Extremismus ist dabei ambivalent, da der »dünne« ideologische Kern sowohl von etablierten demokratischen als auch von extremistischen Akteuren adaptiert werden kann. Rechtspopulismus eröffnet dabei einen Diskurs, der »nicht rechts genug ist, um ihn als anti-systemisch oder verfassungswidrig auszugrenzen, aber hinlänglich rechts, um jenen als Auffangbecken zu dienen, die sich [...] immer weniger repräsentiert fühlen.« (Priester 2012, S. 109) Rechtspopulismus kann daher als Brücke und Möglichkeitsraum zwischen einer demokratisch konstituierten Öffentlichkeit und rechtsextremistischen Positionen verstanden werden. Diese Brücke reicht bis in die Zivilgesellschaft hinein.

Die organisierte Zivilgesellschaft nimmt für die Akzeptanz der Demokratie eine Schlüsselposition ein, da sie eine zentrale Rolle bei der Strukturierung des öffentlichen Raumes spielt. Verbände und Vereine bearbeiten, beantworten und deuten die Interessen der Bevölkerung. In diesem Sinne ist die organisierte Zivilgesellschaft eng mit dem bundesrepublikanischen Basiskonsens verbunden. Unter diesem wird die weitgehende gesellschaftliche »Anerkennung ökonomischer, politischer und ideologischer Grundlagen« ei-

ner Gesellschaft verstanden (Weßels 1991, S. 32). Er entsteht im Zuge langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen, bildet einen gemeinsamen Werte- und Normenkanon, der als Korridor staatlichen und gesellschaftlichen Handelns verstanden wird und garantiert damit »die Stabilität der politisch-gesellschaftlichen Ordnung« (ebd.). Inhaltlich umfasst er Strukturen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Der kompetensthafte Aufstieg des Rechtspopulismus stellt diesen Basiskonsens infrage.

Es lohnt also zu reflektieren, welche Bedeutung der Zivilgesellschaft sowohl als Verfechter des Basiskonsens als auch als rechtspopulistisches Einfallstor für dessen Infragestellung zukommt. Wir verstehen Zivilgesellschaft dabei empirisch als Gesamtheit aller gesellschaftlichen Aktivitäten jenseits von Markt und Staat. Sie folgt nicht ausschließlich dem normativen Ideal der gemeinwohlorientierten, demokratiefördernden Selbstorganisation (Grande 2018b, S. 52), sondern weist auch Praktiken der Spaltung und Exklusion – also eine »schmutzige Seite« – auf (Geiges et al. 2015). Insoweit ist die Zivilgesellschaft ein ambivalenter Ort und es ist nicht verwunderlich, wenn rechtspopulistische Akteure »zunehmend zivilgesellschaftlich orientierte Strategien« verfolgen, um diesen Ort für sich zu erschließen (Roth 2010, S. 53).

3. Systematik rechtspopulistischer Interventionen in die Zivilgesellschaft

Wie wirkt der Rechtspopulismus in die Zivilgesellschaft hinein? Unsere Analyse zeigt in allen untersuchten Bereichen ähnlich strukturierte Einfallstore für rechtspopulistische Interventionen (vgl. *Tabelle 1*). Korporatistisch strukturierte institutionelle Arrangements, die zwischen staatlichen und verbandlichen Akteuren in den jeweiligen Arenen bestehen, bilden eine grundlegende Gelegenheitsstruktur.² Zwar gibt es markante Unterschiede zwischen den stärker institutionalisierten Akteuren (Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände) und den weniger institutionalisierten Bereichen (Kultur, Sport). Dennoch sind die grundlegenden Ansatz- und Kritikpunkte von rechts vergleichbar, auch wenn sich die konkreten Interventionen subsystemspezifisch

2 Gelegenheitsstrukturen sind begünstigende oder beschränkende strukturelle Rahmenbedingungen. Das Konzept knüpft an der »political opportunity structure« zur Erklärung für das Entstehen von sozialen Bewegungen an (Kriesi 1991).

unterschiedlich ausgestalten. Inhaltlich setzen sie an der spezifischen Rolle an, welche die Bereiche für den demokratischen Basiskonsens einnehmen und aus der die zivilgesellschaftlichen Akteure ihr politisches Mandat ableiten.

Tabelle 1: Ebenen rechtspopulistischer Interventionen

	Institutionelles Arrangement	Normative Basis	Politisches Mandat
Gewerkschaften	korporatistische Arbeitsbeziehungen, Monopolanspruch	Gute Arbeit für alle	Historisch verankertes Engagement gegen Rechts
Kirchen	Kirchenkorporatismus	universelle Nächstenliebe	Engagement für partnerschaftliche, multikulturelle Gesellschaft
Wohlfahrtsverbände	Wohlfahrtskorporatismus	universelle Sozialanwaltschaft	Engagement für Schwache und Migranten
organisierter Sport	Sportkorporatismus	Engagement für Multikulturalismus, Fairness und Toleranz	Motor für Integration, Kampf gegen Rechts und Rassismus
organisierte Kultur	Kulturkorporatismus (staatliche Kulturförderung)	Kosmopolitische Multikulturalität, Offenheit, Toleranz	kulturelle Vielfalt (Meinungs- und Kunstfreiheit)

Quelle: eigene Darstellung

Die konkreten rechtspopulistischen Interventionen bedienen sich dabei subsystemspezifischer Widersprüche und Konflikte. So werden im Bereich der Arbeitswelt beispielsweise die Unsicherheiten des Lohnarbeitsverhältnisses aufgegriffen. Für die Gewerkschaften steht die Frage im Zentrum, ob es Rechtspopulisten gelingt, aus den gewachsenen Machtbeziehungen zu den Arbeitgebern und den Verunsicherungen der Arbeitnehmer ein Potenzial der Akzeptanz zu schöpfen, um eine »alternative« Interessenvertretung gegen die Dominanz der DGB-orientierten Betriebsräte zu etablieren. Sowohl die Ergebnisse der Betriebsratswahlen als auch die Tatsache, dass bei der Bun-

destagswahl 2017 rund 15 % der Gewerkschaftsmitglieder die AfD wählten, zeigt, dass die interessenpolitische Logik des »Entweder-Oder« gesprengt wird und sich »gewerkschaftliches und rechtspopulistisches Engagement nicht von vornherein aus[schließen]« (Sauer et al. 2018, S. 58).

Im Umfeld der christlichen Kirchen dominiert die Instrumentalisierung von christlichen Werten. Zur Disposition steht, ob es dadurch gelingt, diejenigen Christen zu mobilisieren, die den konservativen Positionen rechter Akteure – etwa bei den Themen Islam und gleichgeschlechtlicher Ehe – nahestehen. Allport (1966, S. 447ff.) formulierte bereits in den 1960er Jahren das Paradoxon, dass Religionen Vorurteilsstrukturen und rassistischen Denkmustern durch ihren moralischen Wertekanon zwar entgegenwirken, zugleich aber mit einigen theologischen Elementen (u.a. Auserwähltheit, Wahrheitsanspruch) Einfallstore für Überzeugungen liefern, die mit Selbsterhöhung und antipluralistischen Tendenzen verbunden sein können. Insbesondere der religiöse Exklusivitätsanspruch und die Kirchengangshäufigkeit sind entscheidende Variablen, die mit einer Ablehnung plural-demokratischer Strukturen korrelieren (Ahrens/Rebenstorf 2018, S. 198). Für die Bundestagswahl 2017 zeigt sich, dass katholische sowie protestantische Kirchgänger, die mindestens einmal im Monat einen Gottesdienst besuchen, die AfD unterdurchschnittlich häufig wählten (Weßels 2018).

Wohlfahrtsverbände bieten als zentrale Akteure der Daseinsvorsorge vielfältige Angriffspunkte. Neben Fällen, in denen der Missbrauch staatlicher Mittel öffentlich wurde, wird der Einsatz der Verbände im Sinne einer universellen Sozialanwaltschaft infrage gestellt, worunter auch ihr Engagement im Rahmen der sogenannten Flüchtlingskrise fällt. So wird versucht, die Wohlfahrtsverbände und ihre Einrichtungen als Teil einer »Asylindustrie« zu charakterisieren, die viel Steuergeld koste. Darüber hinaus geht es rechten Akteuren in diesem Feld darum, exklusive Ansprüche für Deutsche zu schaffen, während sie für andere ethnische Gruppen eine restriktivere Konditionierung anstreben (Schroeder et al. 2020, S. 110ff.).

Auch das korporatistische Arrangement im Sport bietet Anknüpfungspunkte für Interventionen, die am multikulturellen, integrativen Gedanken der Sportförderung ansetzen. Den Zielen von Fairness und Toleranz wird die Forderung nach einer stärkeren Förderung deutscher Tugenden und Traditionen gegenübergestellt, die sich wieder stärker an Stolz, Nation, Identität und Patriotismus orientieren müssten. Wettkampf, Männlichkeit und Gemeinschaft ergeben weitere Anknüpfungspunkte für rechtes Gedankengut. So versuchen rechte Akteure im Fußball beispielsweise, das Gemeinschafts-

gefühl von Vereinen und Fangruppen zur Ausgrenzung gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen zu nutzen.

Im Bereich Kultur erweisen sich insbesondere die Themen »(partei)politische Neutralität« und »Freiheit der Kunst« als Einfallstore für Rechtspopulisten. Inhaltlich werden die Ideen von Heimat und Nation gegen die Ziele einer multikulturellen Gesellschaft gerichtet. Rechtspopulistische Aktivitäten sind in diesem Sinne häufig mit dem Ziel verbunden, eigene Positionen als Teil der »freien Meinungsäußerung« zu legitimieren.

Insgesamt entsprechen die skizzierten rechten Interventionen den vertikalen und horizontalen Logiken, die dem Populismus inhärent sind. Insbesondere stärker institutionalisierte Subsysteme befördern eine Abgrenzung im Sinne einer »Oben-gegen-Unten«-Logik. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden in ihrem Wirken und in ihren (politischen) Haltungen kritisiert und es wird versucht, sie in ihren Funktionen zu delegitimieren. Dabei werden Themen aufgegriffen, welche die inneren Widersprüche der zivilgesellschaftlichen Räume adressieren. Auf horizontaler Ebene wird unter dem Postulat einer kulturellen Hegemonie die Abgrenzung gegen multikulturelle Lebens-, Arbeits-, Freizeit- und Glaubensräume betrieben. Beide Ebenen verbindet die Einforderung eines erweiterten Pluralismus, der die Enttabuisierung von Diskursen vorsieht und die Grenzen des Sagbaren aufweicht.

4. Systematik zivilgesellschaftlicher Reaktionen

Die Frage nach dem richtigen Umgang mit rechten Interventionen wird kontrovers diskutiert und ein Königsweg scheint bisher nicht gefunden. Deutlich wird, dass die Reaktionen im Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen in allen Subsystemen aus einem Mix aus präventiven und reaktiven Maßnahmen bestehen. Dies ist der Einsicht geschuldet, dass die Akteure sowohl strukturell (im Sinne langfristiger Konfliktlagen und Widersprüche) als auch situativ (aufgrund konkreter Anlässe) herausgefordert sind.

Da die untersuchten Organisationen aufgrund ihrer normativen Basis und ihres politischen Mandats aktiv für den bundesdeutschen Basiskonsens eintreten und sich in ihrer Werteorientierung diametral zu rechtspopulistischen Vorstellungen verorten, bleiben *zustimmende* Positionierungen aus. Auf der kommunikativen Ebene entsprechen die Reaktionen in der Regel einer *Distanzierung* von rechten Akteuren und Haltungen. Diese fällt umso deutlicher aus, je weiter die Intervention dem rechtsextremen Spektrum

zugeordnet werden kann. Es überwiegt die Hervorhebung der eigenen Werte und Standpunkte: *abgrenzen, ohne auszugrenzen*.

Auf der organisationalen Ebene wird versucht, den Dialog offenzuhalten (*auseinandersetzen*). Es kommt aber auch dazu, dass Interventionen *ignoriert* werden, was wahrscheinlicher ist, wenn es sich um Mitglieder handelt, die man nicht verlieren will und der Vorfall bisher keine (mediale) Öffentlichkeit erfahren hat. Zu Konfrontationen und Sanktionen kommt es nur in Extremfällen. Einer konfrontativen Logik durch *Ausgrenzen* folgen beispielsweise Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die jedoch – nicht zuletzt aufgrund rechtlicher Unklarheiten – eher selten sind.

Insgesamt sind die Reaktionen stark situativ-reaktiver Natur und nicht von einer belastbaren Strategie geprägt. Sie gleichen Suchbewegungen, in denen die Verunsicherung zivilgesellschaftlicher Akteure und Organisationen in Fragen des richtigen Umgangs mit rechtspopulistischen Interventionen zum Ausdruck kommt. Dazu mag auch die strukturelle Ambivalenz der Reaktionsmöglichkeiten beitragen (vgl. *Tabelle 2*).

Der Grund dafür, dass die Reaktionen zwischen Chancen und Risiken changieren, liegt in dem inhärenten Dilemma des Populismus: Sowohl bei Nichtbeachtung als auch bei Reaktionen besteht das Risiko, das Phänomen zu stärken. Der Versuch, Rechtspopulisten durch Beteiligung zu »entzaubern«, beschert ihnen Aufmerksamkeit und spricht ihnen möglicherweise Legitimität zu. Nichtbeachtung beinhaltet dagegen die Gefahr, als stillschweigende Zustimmung missverstanden zu werden oder zur Normalisierung rechtspopulistischer Positionen beizutragen.

Öffentliche Nichtbeachtung kann aber nicht ohne weiteres mit Ignoranz gleichgesetzt werden. So kann sie durchaus der sensiblen Beobachtung folgen, zwar öffentlich nicht zu handeln, aber unterhalb der öffentlichen Wahrnehmung zu reagieren. Dafür braucht es ein tiefergehendes Verständnis der Handlungslogik rechter Interventionen. Es gibt keinen »One-size-fits-all«-Ansatz, bei dem eine einzige Reaktionsform die ultimative Antwort auf alle rechten Interventionen darstellt. Vielmehr bedarf es eines Bündels an Reaktionsformen. Diese müssen aufeinander bezogen und abgestimmt sowie nicht nur reaktiv genutzt werden, damit von einer Strategie gesprochen werden kann. Dafür müssen sich die Organisationen aktiv mit den Ursachen für rechtspopulistische Denk- und Handlungsmuster *auseinandersetzen*. Nur so können sie diese erkennen, verstehen und darauf reagieren. Insbesondere wertebasierte Orientierungspunkte ermöglichen dabei authentische Reaktionen.

Tabelle 2: Reaktionsmuster: Chancen und Risiken

Reaktion	Umgang mit Intervention	Ambivalenz
Ignorieren	nicht darauf eingehen	Risiko: »stillschweigende Zustimmung«, Normalisierung Chance: keine Aufmerksamkeit, keine Opferrolle
Auseinandersetzen	eingehende Beschäftigung	Risiko: Aufmerksamkeit Chance: Aufklärung, Grenzen markieren, Profilschärfung
Abgrenzen	distanzieren	Risiko: Konflikt, Widerspruch, Mitgliederverluste Chance: Klare Orientierung
Ausschließen	»Stiller« Ausschluss ohne öffentliche Thematisierung	Risiko: keine klare Abgrenzung, Vorwurf, Probleme zu verschweigen Chance: Interne Grenzziehung
Ausgrenzen	ausschließen und öffentlich distanzieren	Risiko: Opfermythos, Mitgliederverluste Chance: Grenzziehung

Quelle: eigene Darstellung

5. Fazit

Bestehende Konfliktlinien innerhalb der zivilgesellschaftlichen Arenen werden von Rechts aufgegriffen. Ihre Interventionen erfolgen damit pfadabhängig. Dabei setzen sie – der populistischen Logik des »Unten gegen Oben« folgend – an den Gelegenheitsstrukturen spezifischer, korporatistisch strukturierter institutioneller Arrangements in den Subsystemen an, um die etablierten Akteure als Teil des Establishments zu diffamieren. Die Interventionen folgen einem Muster von Delegitimierungs- und Skandalisierungsversuchen. In der populistischen Logik »Innen gegen Außen« richten sie sich gegen die werteorientierte Verfasstheit und die normative Basis der organisierten Zivilgesellschaft.

Für diese eröffnen sie alternative Interpretationsangebote im Sinne einer kulturellen Hegemoniebestrebung. Beide Ebenen verbinden sich in der Kritik am politischen Mandat der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich als Verfechter des bundesdeutschen Basiskonsenses begreifen. Mit der sogenannten Flüchtlingskrise oder den Betriebsratswahlen 2018 öffneten sich Gelegenheitsfenster für Rechtspopulisten, um an vorhandene Konflikte in den zivilgesellschaftlichen Subsystemen anzudocken.

Die Reaktionen der organisierten Zivilgesellschaft auf diese Interventionen changieren bislang zwischen *Abgrenzen* und *Auseinandersetzen*. Dabei kommt der Mitgliederlogik eine wichtige Rolle zu, womit auf der inhaltlichen Ebene das Risiko einer stillschweigenden Zustimmung oder Normalisierung gegeben ist. Sollte diese Perspektive dominieren, könnte die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft als Anwalt des demokratischen Basiskonsenses strukturell geschwächt werden und der »schmutzigen Seite« (Geiges et al. 2015) der Zivilgesellschaft eine veränderte politische Bedeutung zukommen. Wie aber kann die Gratwanderung einer eindeutigen normativen Positionierung gelingen, ohne die Tür für rechtsaffine Mitglieder zuzuschlagen?

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind zunächst herausgefordert, ihre inneren Widersprüche zu bearbeiten. Organisational verfestigte normative Werte und ein klarer, aus dem institutionellen Arrangement abgeleiteter politischer Auftrag sind die Basis für die Entwicklung einer angemessenen Strategie. Ob ihnen dies gelingt, entscheidet mit darüber, inwiefern sie als Schutzfaktor gegen oder als Einfallstor für Rechtspopulismus wirken können. Dies ist umso notwendiger, je mehr ersichtlich wird, dass die Erschöpfung der organisierten Zivilgesellschaft selbst die Akzeptanz und Legitimität des Basiskonsenses schwächt.

Literaturhinweise

- Ahrens, Petra-Angela/Rebenstorf, Hilke (2018): Rechtspopulismus unter evangelischen Christen – empirische Befunde der Kirchen- und Religionssoziologie. In: ZEE, 62(3), S. 183-199.
- Allport, Gordon W. (1966): Religious Context of Prejudice. In: JSSR, 5(5), S. 447-457.
- Freeden, Michael (1998): Ideologies and Political Theory: A Conceptual Approach. Oxford: Clarendon Press.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transcript.

- Grande, Edgar (2018a): Warum auch rechte Bewegungen zur Zivilgesellschaft gehören. In: *Süddeutsche Zeitung*, 17.08.2018.
- Grande, Edgar (2018b): Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 52-60.
- Kriesi, Hanspeter (1991): *The Political Opportunity Structure of New Social Movements – Its Impact on Their Mobilization*. WZB Discussion Paper FS III, 91-103. Berlin: WZB.
- Mudde, Cas (2007): *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Niedermayer, Oskar (2018): Die AfD in den Parlamenten der Länder, des Bundes und der EU. Bipolarität im Selbstverständnis und im Verhalten. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49(4), S. 896-908.
- Priester, Karin (2012): *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon*. Frankfurt/New York: Campus.
- Roth, Roland (2010): *Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus*. Berlin: FES.
- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): *Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche*. Hamburg: VSA.
- Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas (2020): *Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster*. OBS-Arbeitsheft 102. Frankfurt a.M.: Otto-Brenner-Stiftung.
- Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/Neusser, Christian/Berzel, Alexander (2017): *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*. Berlin: WZB.
- Weßels, Bernhard (1991): *Erosion des Wachstumsparadigmas: Neue Konfliktstrukturen im politischen System der Bundesrepublik?* Wiesbaden: VS Verlag.
- Weßels, Bernhard 2018: *Wahlverhalten sozialer Gruppen*. In: Roßteutscher, Sigrid et al. (Hg.), *Zwischen Parlamentarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*. Baden-Baden: Nomos, S. 187-202.